

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHENBERICHT

34. Jahrgang

Berlin, den 6. Januar 1967

A 22127 C

Nummer 1

Droht Unterbeschäftigung?

Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen in der Bundesrepublik Deutschland im 3. Quartal 1966

Schon seit Ende 1965 hat sich die Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen abgeschwächt, im dritten Quartal 1966 hat sie sich weiter verlangsamt. Allerdings hat die Zuwachsrate der effektiven Löhne und Gehälter — sieht man einmal von der günstigen Ausfuhrentwicklung ab — mit 7,0 vH wiederum die Zunahme aller anderen Aggregate des Sozialprodukts erheblich übertroffen. Mit dem verminderten Wachstum der Gesamtnachfrage und der Produktion ist somit — trotz abgeschwächter Lohnentwicklung — der Kostendruck auf die Wirtschaft spürbarer geworden, und die Gewinne der Unternehmer sind weit hinter der gesamten Einkommensentwicklung zurückgeblieben.

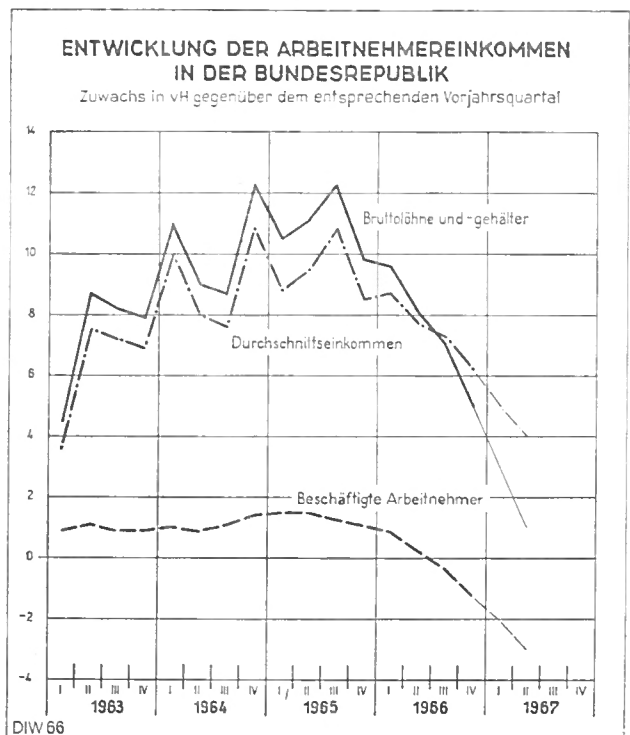
Die noch immer relativ hohe Zuwachsrate im dritten Quartal läßt nicht erkennen, daß der konjunkturelle Lohnauftrieb im Berichtsquartal fast zum Stillstand gekommen ist: Zunächst hat in den strukturell benachteiligten Wirtschaftsbereichen, dann aber auch in allen Bereichen des produzierenden Gewerbes, die Lohnentwicklung nahezu stagniert. Die noch festzustellenden Zuwachsraten sind also lediglich auf frühere Lohnerhöhungen zurückzuführen. Darüber hinaus ist anzumerken, daß die Sonderentwicklung der Einkommen im öffentlichen Dienst das statistische Gesamtbild „optisch“ verbessert hat. Vor allem ist aber im Berichtsquartal die Zuwachsrate der Lohn- und Gehaltssumme — im Gegensatz zu der nachfolgenden Zeit — noch kaum von Kürzungen des Arbeitsvolumens beeinträchtigt worden.

Inzwischen ist die Restriktionspolitik so wirksam geworden, daß sich erstmals im September, im vollen Umfang dann im vierten Quartal von 1966, ein erheblicher Beschäftigungsrückgang durchgesetzt hat.

Wie zahlreiche Indikatoren andeuten, ist zu befürchten, daß sich die rezessive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt eher verstärken und in zunehmendem Umfang bis zumindest Mitte des Jahres 1967 wirksam bleiben wird. Dennoch wird damit das Verhältnis der Zuwachsrate der Löhne zu derjenigen der Produktivität nicht so verbessert wer-

den, daß die Bundesbank, die auch gegenwärtig „mit der Lohnentwicklung nicht zufrieden ist“, und „die Lohnsteigerung immer noch für überhöht hält“, Anlaß zu einer Revision ihrer Einstellung fände. Denn wenn der Kostendruck sogar noch zugenommen hat, dann aus dem Grunde, weil die Kapazitätsauslastung der Wirtschaft wegen des forcierten Nachfrageausfalls zurückgegangen ist, und nicht, weil etwa die Lohnsteigerungen in letzter Zeit exzessiv gewesen wären.

Wie schon im zweiten Quartal war die konjunkturelle Lage am Arbeitsmarkt besonders dadurch gekennzeichnet, daß sich zunächst mehr noch als die Expansion der Individualeinkommen die Nachfrage nach weiteren Arbeitskräften in vielen Bereichen



ganz erheblich abgeschwächt hat und in anderen Bereichen sogar schon ein Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen war. Der Abstand zwischen der tariflichen und der effektiven Verdienstepansion, der schon im zweiten Quartal erheblich kleiner geworden war, ist bei den Arbeiterverdiensten nahezu verschwunden und weist auch bei den Angestelltengehältern einen geringeren Wert als bisher auf. Nach den vorliegenden Indikatoren wird sich in den nächsten Monaten die „negative Lohn-drift“ immer deutlicher wachstumshemmend bemerkbar machen (effektive Einkommenszunahme je beschäftigten Arbeiter im dritten Quartal: + 6,4 vH, je beschäftigten Angestellten + 8,0 vH; Tarifentwicklung der Wochenlöhne bzw. Monatsgehälter im Juli 1966: Arbeiter + 6,4 vH, Angestellte + 6,8 vH).

Beschäftigung

Nach Schätzungen des DIW hat die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Verlauf der anhaltenden Abschwächung der Beschäftigten-Expansion das Niveau des vergleichbaren Vorjahresquartals nicht mehr erreicht. Erstmals seit der Währungsreform ist die Beschäftigtenzahl im Durchschnitt des dritten Quartals im Vorjahresvergleich — um rund 60 000 — zurückgegangen. Seitdem hat sich die Lage am Arbeitsmarkt noch deutlicher gewandelt: In nahezu allen Bereichen werden kaum noch zusätzlich Arbeitskräfte eingestellt, Entlassungen größeren Umfangs sind in den konjunkturell besonders benachteiligten Bereichen häufiger anzutreffen.

Mehr und mehr um sich greifende Arbeitslosigkeit hat im Durchschnitt des vierten Quartals 1966 nun schon zu einem Beschäftigungsrückgang von über 250 000 geführt. Stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen zunächst nur wenig, so hat die Zahl der offenen Stellen als „Vorwarnung“ doch schon erheblich abgenommen. Immerhin waren im Durchschnitt des dritten Quartals noch sechs offene Stellen auf einen Arbeitslosen (bei allem Vorbehalt gegenüber der Aussagekraft) nachzuweisen. Auch diese Relation hat sich nunmehr grundlegend geändert. Nach der Auszählung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung vom 31. Dezember 1966 lag die Zahl der Arbeitslosen um annähernd 200 000 höher als im Vorjahr, so daß gegenwärtig 120 000 mehr Arbeitslose als offene Stellen zu verzeichnen sind.

Über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer liegen leider nur September-Ergebnisse vor. Der Zugang an Gastarbeitern hat sich seit dem Herbst 1965 stetig vermindert. Seit Mitte 1966 sind zusätzliche Arbeiter aus dem Ausland nicht mehr eingestellt worden. Vieles spricht dafür, daß mit dem üblichen Weihnachtsurlaub in nicht wenigen Fällen auch der Arbeitsplatz aufgegeben werden mußte, so daß jetzt auch die Zahl der beschäftigten

Gastarbeiter nicht unerheblich — wahrscheinlich unter den vergleichbaren Vorjahrsstand — gesunken ist.

Im einzelnen war die Beschäftigten-Entwicklung weiterhin recht differenziert. Aber selbst im Handel und im Dienstleistungsbereich, wo noch meßbare Zuwachsraten zu verzeichnen sind, werden weitere Arbeitskräfte nur noch selten eingestellt. In der Industrie war die rückläufige Beschäftigungsentwicklung schon seit langem vorauszusehen, wenn auch das nun zu überblickende Ausmaß überrascht: Belief sich der Rückgang gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt des dritten Quartals 1966 erst auf 0,7 vH, so betrug er Ende September schon 1,4 vH und erreichte schließlich Ende Oktober 2,1 vH, eine Abschwächung gegenüber dem Vorjahrsmonat, die in diesem Tempo zuvor noch nicht festgestellt worden ist.

Damit hat erstmals in allen Hauptbereichen der Industrie der vergleichbare Beschäftigtenstand des Vorjahres nicht mehr aufrechterhalten werden können; nur noch in wenigen Industriezweigen sind gegenwärtig positive, wenn auch kleinere Zuwachsraten zu beobachten. Am stärksten waren sie in der kunststoffverarbeitenden Industrie (Ende Oktober + 3,0 vH), in der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie (+ 1,6 vH) und der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie (+ 1,4 vH). Andererseits haben die Entlassungen im Steinkohlenbergbau (— 10,9 vH) nun einen außerordentlichen Umfang angenommen.

Noch deutlicher ausgeprägt hat sich die rückläufige Beschäftigungsentwicklung in der Bauwirtschaft; sie wird nur noch dadurch für kürzere Zeit gemildert, daß das Ausbaugewerbe mit Abschlußarbeiten an Rohbauten noch relativ gut „versorgt“ ist. Im Bauhauptgewerbe wurden indessen Ende November 1966 im Vergleich zum Vorjahresstand 4,5 vH weniger Beschäftigte gezählt.

Nachdem nun das produzierende Handwerk (— 0,6 vH), wie das Verkehrsgewerbe (— 1,2 vH) ebenfalls zu den Bereichen mit abnehmendem Personalbestand gehören, haben nur der Handel sowie die öffentlichen und privaten Dienstleistungen den Beschäftigtenstand des Vorjahres überschritten. Allerdings hat auch hier die Beschäftigungsexpansion erheblich nachgelassen, so daß dieser Sektor des Arbeitsmarktes — nicht zuletzt wegen seiner spezifischen Anforderungen an die Berufsausbildung — sich schon jetzt kaum noch für zusätzliche Beschäftigte als aufnahmefähig erweist.

Immer noch scheint dagegen die Nachfrage nach Angestellten in der gesamten Wirtschaft relativ rege zu sein. Besonders bemerkenswert ist, daß im Durchschnitt des dritten Quartals 1966 die Zahl der Arbeiter (— 1,7 vH) bereits stark zurückgegangen ist, dagegen die Mehrbeschäftigung von Angestellten und Beamten (+ 1,8 vH), auch im produzierenden Gewerbe, sich immer noch als überraschend

Zunahme von Beschäftigung, Bruttolöhnen und -gehältern und Durchschnittseinkommen
in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1964	1965	1964				1965				1966				1967
			I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV ¹⁾	
Beschäftigung	1,1	1,4	1,0	0,9	1,1	1,4	1,5	1,5	1,3	1,1	0,9	0,3	— 0,3	— 1,2	— 2
Bruttolöhne u. -gehälter	10,2	10,9	11,0	9,0	8,7	12,3	10,5	11,1	12,3	9,8	9,6	8,1	7,0	5,0	3
Durchschnittseinkommen	9,1	9,4	10,0	8,0	7,6	10,8	8,8	9,5	10,8	8,5	8,7	7,7	7,3	6,2	5

¹⁾ Schätzung.

stabil erwiesen hat. Das Risiko der Entlassung wird gegenwärtig offensichtlich ganz überwiegend von den Lohnempfängern getragen.

Durchschnittliche Einkommen

Die durchschnittliche Jahreszuwachsrate der effektiven Einkommen je Beschäftigten im Berichtsquartal (+ 7,3 vH) hat sich im Vergleich zum Vorquartal nur wenig verlangsamt. Angesichts der zahlreichen Abschwächungstendenzen, auf die schon hingewiesen wurde, bedarf dieses Ergebnis einer näheren Begründung. Der Durchschnitt ist nämlich von Bereichen beeinflusst, in denen sogar höhere Zuwachsraten als bisher festzustellen sind. Die Abkühlung hat sich stärker auf die Nachfrage nach weiteren Arbeitskräften als auf die Höhe der Individualeinkommen ausgewirkt. Allem Anschein nach ist der Lohnauftrieb jedoch in den letzten — hier noch nicht erfaßten — Monaten des vergangenen Jahres zum Stillstand gekommen.

Wie differenziert die Lohn- und Gehaltssteigerungen im einzelnen gewesen sind, ist schon daran zu erkennen, daß beispielsweise die Bergarbeiter ihre Einkommen lediglich um rund 3 vH zu erhöhen vermochten, die Angestellten im öffentlichen Dienst demgegenüber einen Einkommenszuwachs von 11 vH erzielt haben. Die schon einleitend angesprochene Sonderentwicklung im öffentlichen Dienst ist darauf zurückzuführen, daß die Tarifverbesserungen für Arbeiter und Angestellte (mit Wirkung vom 1. 4. 1966) mit ihren Nachzahlungen für die Monate April bis Juni 1966 voll zu Lasten des Lohnkontos des dritten Quartals gebucht worden sind. Sieht man daher einmal vom öffentlichen Dienst und dem Verkehrsgewerbe ab, so reduziert sich im dritten Quartal die Einkommenszunahme je Beschäftigten in der übrigen Wirtschaft auf 6,6 vH. An der Spitze der Lohnexpansion lagen im dritten Quartal 1966 die Dienstleistungsbereiche.

Ebenso wie beim Vergleich des Einkommenswachstums von Bereich zu Bereich war auch die Differenzierung zwischen einzelnen Arbeitnehmergruppen — und zwar zuungunsten der Lohnempfänger — sehr ausgeprägt. So hat die Lohndämpfung die Verdienstentwicklung der Arbeiter stärker als die der Angestellten betroffen. Einer

der Gründe dafür ist im Abbau der Überstunden zu suchen, der fast ausschließlich die Verdienste der Arbeiter reduziert hat. Da in Zukunft weniger Überstunden geleistet, dafür häufiger Kurzarbeit eingeführt werden dürften, ist weiterhin mit Einbußen bei den Arbeiterlöhnen zu rechnen.

Ausblick

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen hat sich im vierten Quartal 1966 das konjunkturelle Wachstum der Arbeitnehmereinkommen weiter verlangsamt. Alle bisher zu beobachtenden Abschwächungstendenzen sind noch deutlicher geworden: Der Beschäftigungsrückgang hat sich verstärkt, die Einkommenssteigerungen je Beschäftigten sind kleiner geworden, so daß die Bruttolohn- und -gehaltssumme im vierten Quartal nur um rund 5 vH zugenommen hat.

Im ersten Teil des Jahres 1967 wird die Beschäftigung weiter zurückgehen. Im saisonalen Beschäftigungstief ist durchaus mit einer Arbeitslosenziffer von etwa dreiviertel Millionen (3 bis 4 vH aller unselbständigen Erwerbspersonen) zu rechnen. Dann wird die nur noch geringe Zunahme der Durchschnittseinkommen je Beschäftigten nicht mehr ausreichen, um einen nennenswerten Zuwachs der gesamten Bruttolohn- und -gehaltssumme zu gewährleisten. Zumindest bis zur Mitte des neuen Jahres ist mit einer Reduzierung der Lohnexpansion auf 1 bis 3 vH zu rechnen.

Bei der gegebenen Situation werden die Tarifverhandlungen, die mit Schwerpunkt in die Mitte des Jahres 1967 fallen, im Zeichen der Zurückhaltung, sowohl bei Arbeitnehmern als auch bei Arbeitgebern stehen. Die im Jahresgutachten 1966/67 vom Sachverständigenrat aufgestellten Lohnleitlinien werden daher mit großer Wahrscheinlichkeit nicht einmal erreicht werden. Zu einem Zeitpunkt aufgestellt, als die Entwicklung im Jahre 1967 noch nicht deutlich genug vorausgesehen werden konnte, hat diese Orientierungshilfe inzwischen an Bedeutung verloren. Damit ist auch vom privaten Verbrauch kein wesentlicher konjunkturstützender Beitrag mehr zu erwarten.

Der Volkswirtschaftsplan Mitteldeutschlands für das Jahr 1967

Rechtzeitig vor Beginn des neuen Jahres — am 9. Dezember 1966 — hat die „Volkskammer“ den Volkswirtschaftsplan und den Staatshaushaltsplan Mitteldeutschlands für das Jahr 1967 beschlossen¹⁾. Wie schon der Plan für 1966 enthält das Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1967 neben einigen Planzuwachsdaten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nur wenige Einzelangaben. Zwar soll der zentrale Volkswirtschaftsplan im „Neuen ökonomischen System“ vor allem ein Rahmenplan sein, die Ausfüllung der Einzelpositionen soll immer stärker den Betrieben, den Vereinigungen der Volkseigenen Betriebe und den Räten der Bezirke überlassen werden. Aber auch als Rahmenplan ist der vorliegende Gesetzestext nicht vollständig genug, um eine eingehende Analyse der für 1967 erstrebten Wirtschaftsentwicklung zu gestatten. Hinzu kommt, daß nach dem Gesetz der Ministerrat „berechtigt und verpflichtet“ worden ist, „die Aufgaben des

Volkswirtschaftsplans 1967 im Prozeß seiner Durchführung zu verändern“. Eine derartige Bestimmung ist neu in den mitteldeutschen Wirtschaftsplänen. Sie unterstreicht den Charakter des Planes als einer Rahmenvorgabe, läßt aber auch einige Unsicherheiten vermuten, die bei der Planaufstellung bestanden haben.

Diese Unsicherheiten sind im wesentlichen auf die letzte Etappe der Industriepreisreform zurückzuführen, deren Termin nun der 1. Januar 1967 ist. Mit dieser Preisumstellung, der wichtigsten aller drei vorgesehenen Etappen, werden im neuen Jahr die Betriebe und die Verwaltung in der Tat mit Faktoren konfrontiert, deren Wirkungen einzel- und volkswirtschaftlich nicht bis ins Detail vorher übersehen werden können. Sie wird zu starken Wandlungen in den Geld- und Einkommensströmen

¹⁾ Neues Deutschland vom 10. 12. 1966; Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 16 vom 12. Dezember 1966.

führen, und damit auch die Verhältnisse auf den Beschaffungs- und Absatzmärkten verändern. In den Betrieben sollen — wie schon in den vorausgegangenen Etappen — die neuen Preise als „ökonomische Hebel“ wirken und damit Struktur und Höhe des Faktoreinsatzes sowie das Produktions-sortiment in einer volkswirtschaftlich erwünschten Richtung orientieren. Über das Ausmaß der wahrscheinlichen Reaktionen besteht indessen Unklarheit.

Doch hoffen die Wirtschaftsplaner, daß sich die Preismstellung positiv auf die Produktionsergebnisse des kommenden Jahres auswirken wird. Die Produktionsziele, ausgedrückt in Jahreszuwachs-raten, sind daher eher noch etwas optimistischer angesetzt worden als im Plan des Vorjahrs.

Das „produzierte Nationaleinkommen“ soll aber-mals um 5 vH erhöht werden. Bei der industriellen Warenproduktion ist der Planzuwachs sogar höher als im Vorjahr, nämlich mit 6 vH (5 vH) vorgesehen worden. Noch stärker ist die geplante Beschleunigung bei der Bauproduktion, die um 8 vH (6 vH) zunehmen und damit wohl einen Teil der für dieses Jahr zu erwartenden Rückstände im Bauprogramm wieder ausgleichen soll. Für die Bruttoproduktion der Landwirtschaft ist 1967 eine Erhöhung um 2 vH und damit etwas weniger als im Vorjahr (3 vH) ein-gesetzt worden.

Innerhalb der Industrie liegt das Schwergewicht des Produktionswachstums weiterhin auf den Be-reichen, deren Produkte für die erstrebte Rationali-sierung und Modernisierung der Wirtschaft von besonderer Bedeutung sind. Chemische Industrie und Elektrotechnik, die Hersteller von Verar-beitungs-maschinen sollen ihre Produktion überdurch-schnittlich steigern. Insgesamt liegen jedoch die Zu-wachsraten für die einzelnen Bereiche der zentral-geleiteten Industrie dichter beim Durchschnitt als im Vorjahr; insbesondere soll die Leichtindustrie, für die 1966 der Planzuwachs mit nur 4 vH ange-setzt worden war, nun mit 7 vH sogar etwas schneller als die gesamte Industrie expandieren.

Ähnlichkeit, wenn auch nicht Übereinstimmung, mit den vorjährigen Plandaten ist ebenfalls in der Wachstumsstruktur der Güterverwendung zu er-kennen. Vor allem sollen die *Investitionen* wieder überdurchschnittlich — um 9 vH — gesteigert werden. Besonders kräftig sollen dabei die Bauinvesti-tionen zunehmen. Im Vergleich mit dem Vorjahrs-plan ist das Wachstum der gesamten Investitionen etwas geringer, das der Bauinvestitionen nun aber wesentlich größer veranschlagt worden. Die Bau-quote an den Investitionen soll merklich steigen. Auch eine auf 7 vH beschleunigte Zunahme des *Außenhandelsumsatzes* ist vorgesehen; sie würde bei Planerfüllung — im Gegensatz zu den letzten beiden Jahren — das Wachstum des Nationalein-kommens nennenswert übertreffen. Beschleunigen soll sich ebenfalls die Zunahme des Güterverbrauchs

in den *privaten Haushalten*. Über den Einzelhandel sieht der Plan einen um 6 vH höheren Absatz an industriellen Erzeugnissen und eine Steigerung bei Nahrungs- und Genußmitteln um 3 vH vor.

Inwieweit sich hinter den Ähnlichkeiten der Plan-zuwächse in den Volkswirtschaftsplänen 1966 und 1967 sowohl auf der Produktions- als auch auf der Verwendungsseite nicht sogar Übereinstimmung verbirgt, läßt sich aus dem Vergleich beider Daten-reihen nicht ableiten: 1966 bezogen sich die geplan-ten Zuwachsraten auf die Planvorgaben 1965, im neuen Volkswirtschaftsplan sind sie dagegen auf der Basis der für 1966 geschätzten Ist-Ergebnisse errechnet worden. Diese unterschiedliche Ausgangs-größe kann bereits einen Teil der in den meisten Fällen geringen Unterschiede in beiden Plänen erklären. Ein anderer Vergleich, der einer weiteren Analyse der vorgelegten Sollziffern dienen könnte, ist bisher noch nicht möglich, nämlich der Vergleich mit den Ist-Ergebnissen von 1966.

Betrachtet man die Plandaten der Produktions- und Verwendungsseite der Güterwirtschaft, so fallen die hohen Ansprüche auf, die von Investition, Verbrauch und Außenhandel an die industrielle Produktion gestellt werden. Wie erwähnt, sollen die Anlageinvestitionen überdurchschnittlich, die Aus-rüstungsinvestitionen zwar etwas schwächer als die Gesamtinvestitionen, aber sicherlich stärker als die industrielle Produktion zunehmen (etwa um 8 vH). Das Angebot industrieller Güter an die privaten Haushalte soll im gleichen Tempo wie die gesamte Industrieproduktion und der Außenhandel sogar etwas schneller zunehmen. Diese Vorgaben sind nur dann miteinander vereinbar, wenn entweder eine Reduzierung der Lagerbildung im Fertigwarenbereich oder eine den Exportzuwachs übertreffende Ein-fuhrentwicklung industrieller Produkte geplant ist. Es kann jedoch auch sein, daß bei den Plandaten der Güterverwendung Preiseinflüsse einkalkuliert sind, die bei den — im Ansatz — realen Entwick-lungs-daten der Produktion eliminiert sind. Die beiden erstgenannten Möglichkeiten liegen auf der Linie der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der mittel-deutschen Wirtschaftsbehörden. Z. B. sollen nach dem Handelsabkommen für 1967 aus der UdSSR wesentlich mehr Werkzeugmaschinen, Ausrüstun-gen für die elektronische Industrie, moderne Textil-maschinen u. a. bezogen werden als vordem, die Einfuhrstruktur von dieser Seite aus also „wachs-tumsgerechter“ gestaltet werden.

Aber selbst wenn die Daten der Güterverwen-dung, etwa bei den geplanten Ausrüstungsinvesti-tionen, auch Preiseffekte enthielten und somit etwas überhöht wären, bliebe der Gesamteindruck von den Planabsichten doch bestehen: Im Jahre 1967 soll die mitteldeutsche Wirtschaft im ähnlichen Tempo und in ähnlichen Proportionen wachsen wie in den Vorjahren. Dabei soll allerdings das Güterangebot für den privaten Verbrauch nunmehr etwas beschleunigt zunehmen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hiß,
Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Dieter Mertens, Dr. Horst Seidler,
Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9.
Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H.,
Abt. Buchdruckerei, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang
DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—

Sonderbeilage zum Wochenbericht Nr. 1 · 1967

Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in der Bundesrepublik²⁾ im 3. Quartal 1966

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen								Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
	Männer				Frauen				Ins-gesamt	Männer	Frauen	Ins-gesamt
	gesamt	Arbeiter	Angestellte u. Beamte	Lehr-linge	gesamt	Arbeiter	Angestellte u. Beamte	Lehr-linge				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000)												
Land- und Forstwirtschaft . . .	318	272	31	15	124	109	7	8	442	- 3,0	- 3,1	- 3,1
Bergbau	422	354	56	12	12	6	6	0	434	- 8,9	.	- 8,6
Energiewirtschaft	181	116	59	6	22	6	16	0	203	0,6	.	0,5
Grundstoff- und Produktions-güter-Industrie ³⁾	1 499	1 171	285	43	318	187	119	12	1 817	- 2,1	- 0,9	- 1,9
Investitionsgüter-Industrie	2 763	1 966	607	190	905	611	268	26	3 668	- 0,2	0,1	- 0,1
Verbrauchsgüter-Industrie	1 003	771	194	38	1 233	1 067	128	38	2 236	0,9	0,5	0,7
Nahrungs- und Genußmittel-Ind.	328	232	89	7	231	180	47	4	559	1,2	0,4	0,9
Industrie, gesamt	6 196	4 610	1 290	296	2 721	2 057	584	80	8 917	- 1,0	0,2	- 0,7
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	889	639	72	178	296	144	93	59	1 185	- 0,7	- 0,3	- 0,6
Baugewerbe	2 015	1 749	125	141	74	14	52	8	2 089	- 2,7	.	- 2,5
Produzierendes Gewerbe	9 100	6 998	1 487	615	3 091	2 215	729	147	12 191	- 1,4	0,1	- 1,0
Handel	1 164	445	573	146	1 450	252	920	278	2 614	1,0	1,1	1,1
Verkehr	1 222	606	562	54	1 199	65	129	5	1 421	- 1,4	± 0,0	- 1,2
Handel und Verkehr	2 386	1 051	1 135	200	1 649	317	1 049	283	4 035	- 0,2	1,0	0,3
Öffentlicher Dienst ⁴⁾	1 996	337	1 612	47	672	130	521	21	2 668	2,0	1,7	1,9
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	260	11	219	30	223	16	185	22	483	1,6	1,4	1,5
Gaststättenwesen	115	72	33	10	283	212	61	10	398	0,9	0,4	0,5
Häusliche Dienste	1	—	1	—	377	278	88	11	378	.	- 2,3	- 2,3
Dienstleistungshandwerk ⁵⁾	79	58	14	7	291	219	27	45	370	1,3	1,0	1,1
Sonstige Dienstleistungen	280	74	289	17	545	37	424	24	925	1,3	1,3	1,3
Dienstleistungen, gesamt	2 831	552	2 168	111	2 391	952	1 306	133	5 222	1,8	0,7	1,3
Insgesamt	14 635	8 373	4 821	941	7 255	3 593	3 091	571	21 890	- 0,6	0,5	- 0,3
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM)												
Land- und Forstwirtschaft . . .	649	533	108	8	174	154	16	4	823	3,8	4,2	3,9
Bergbau	1 185	920	258	7	27	12	15	0	1 212	- 5,4	.	- 5,2
Energiewirtschaft	574	342	229	3	58	13	45	0	632	7,1	7,4	7,1
Grundstoff- und Produktions-güter-Industrie ³⁾	4 670	3 329	1 316	25	668	339	323	6	5 338	4,9	6,4	5,1
Investitionsgüter-Industrie	8 123	5 464	2 566	93	1 830	1 111	706	13	9 953	6,6	8,1	6,8
Verbrauchsgüter-Industrie	2 682	1 897	764	21	2 063	1 724	321	18	4 745	8,6	7,8	8,2
Nahrungs- und Genußmittel-Ind.	975	618	353	4	407	285	120	2	1 382	9,2	8,8	9,1
Industrie, gesamt	18 209	12 570	5 486	153	5 053	3 484	1 530	39	23 262	5,7	7,8	6,1
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	1 926	1 615	224	87	399	228	144	27	2 325	6,2	6,4	6,2
Baugewerbe	5 930	5 204	545	81	154	29	121	4	6 084	3,0	7,7	3,2
Produzierendes Gewerbe	26 065	19 489	6 255	321	5 606	3 741	1 795	70	31 671	5,1	7,7	5,6
Handel	3 042	1 030	1 945	67	2 425	421	1 879	125	5 467	8,3	8,6	8,4
Verkehr	3 847	1 557	1 763	27	467	133	332	2	3 814	7,1	8,6	7,3
Handel und Verkehr	6 389	2 587	3 708	94	2 892	554	2 211	127	9 281	7,7	8,6	8,0
Öffentlicher Dienst ⁴⁾	6 844	941	5 873	30	1 863	236	1 614	13	8 707	11,6	12,5	11,8
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	810	28	764	18	490	28	449	13	1 300	8,3	8,2	8,2
Gaststättenwesen	302	177	120	5	469	340	124	5	771	7,9	6,8	7,2
Häusliche Dienste	2	—	2	—	548	376	166	6	550	.	4,4	4,4
Dienstleistungshandwerk ⁵⁾	174	121	49	4	407	328	57	22	581	7,4	8,0	7,8
Sonstige Dienstleistungen	1 218	180	1 028	10	1 012	161	838	13	2 230	7,5	7,9	7,7
Dienstleistungen, gesamt	9 350	1 447	7 836	67	4 789	1 469	3 248	72	14 139	10,6	9,1	10,1
Insgesamt	42 453	24 056	17 907	490	13 461	5 918	7 270	273	55 914	6,6	8,3	7,0
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)												
Land- und Forstwirtschaft . . .	680	653	1 161	178	468	471	762	167	621	7,1	7,5	7,2
Bergbau	936	866	1 536	194	750	667	833	.	931	3,8	3,8	3,8
Energiewirtschaft	1 057	983	1 294	167	879	722	938	.	1 038	6,5	7,4	6,6
Grundstoff- und Produktions-güter-Industrie ³⁾	1 038	948	1 539	194	700	604	905	167	979	7,1	7,4	7,1
Investitionsgüter-Industrie	980	926	1 409	163	674	606	878	167	904	6,8	8,0	6,9
Verbrauchsgüter-Industrie	891	820	1 313	184	558	539	836	158	707	7,6	7,2	7,5
Nahrungs- und Genußmittel-Ind.	991	888	1 322	190	587	528	851	167	824	7,9	8,4	8,1
Industrie, gesamt	980	909	1 418	172	619	565	873	163	870	6,8	7,6	6,8
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	722	842	1 037	163	449	528	516	153	654	6,9	6,7	6,9
Baugewerbe	981	1 011	1 453	191	694	690	776	167	971	5,9	6,2	5,8
Produzierendes Gewerbe	955	928	1 402	174	605	563	821	159	866	6,5	7,5	6,6
Handel	871	772	1 131	153	557	557	681	150	697	7,1	7,5	7,2
Verkehr	913	856	1 046	167	782	682	858	133	895	8,6	8,6	8,6
Handel und Verkehr	893	820	1 089	157	585	583	703	150	767	7,9	7,6	7,7
Öffentlicher Dienst ⁴⁾	1 143	931	1 214	213	924	605	1 033	206	1 088	9,5	10,7	9,7
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	1 038	848	1 163	200	732	583	897	197	897	6,6	6,7	6,7
Gaststättenwesen	875	819	1 212	167	552	535	678	167	646	6,9	6,4	6,7
Häusliche Dienste	667	—	667	—	485	451	629	182	485	.	6,9	6,8
Dienstleistungshandwerk ⁵⁾	734	695	1 167	190	466	499	704	163	523	6,1	6,9	6,6
Sonstige Dienstleistungen	1 068	811	1 186	196	619	553	659	181	804	6,1	6,5	6,3
Dienstleistungen, gesamt	1 101	874	1 205	201	668	514	829	180	903	8,7	8,4	8,7
Insgesamt	967	904	1 238	174	618	549	784	159	851	7,3	7,8	7,3

1) Einschl. Heimarbeiter. — 2) Einschl. Berlin (West) und Saarland. — 3) Einschl. Industrie der Steine und Erden. — 4) Einschl. Soldaten. — 5) Photographisches Gewerbe, Wäschereien, Friseurere.